

FAMILIENAUSGLEICHSKASSEN

Soziologische Betrachtungen

Vorbemerkung

Der folgende Aufsatz des Schweizer Sozialpolitikers Dr. David gewinnt seine Aktualität durch die Beratungen des Bundestages über einen Gesetzentwurf der CDU/CSV-Fraktion zur Einrichtung von Familienausgleichskassen innerhalb der Wirtschaftszweige und Berufsverbände. In diese Ausgleichskassen soll jeder Betrieb einen bestimmten gleichen Prozentsatz seiner Lohnsumme einzahlen. Über die Kassen der Wirtschaftszweige wäre eine zentrale Familienausgleichskasse zu setzen, damit kein Wirtschaftszweig mehr bzw. weniger zu leisten hat. Aus den so gewonnenen Fonds sollen dann Arbeitnehmer mit mehr als zwei Kindern die notwendigen Kinderbeihilfen erhalten. Eine Zahlung der Kinderbeihilfen durch den Staat lehnt die CDU/CSU ab, da der Staat das Geld bei der gegenwärtigen Anspannung der Staatsfinanzen ohnehin aus der Wirtschaft holen müßte. Dieser Umweg könne durch die Schaffung von Familienausgleichskassen innerhalb der Wirtschaft in Verbindung mit den Sozialversicherungseinrichtungen vermieden werden.

Dem neuen Antrag der CDU/CSU war im vorigen Jahr u. a. ein Initiativantrag der SPD (Drucksache Nr. 774) betreffend die Gewährung allgemeiner Kinderbeihilfen vorausgegangen, der seinerzeit eingehend im Ausschuß für Sozialpolitik behandelt wurde. Auf diesen Antrag stützten sich die kritischen Darlegungen, die der Abgeordnete Willi Richter, Mitglied des Vorstandes des DGB, in der 162. Sitzung des Bundestages anläßlich der ersten Beratung des CDU/CSU-Gesetzentwurfes machte. Richter anerkannte die Notwendigkeit einer ausreichenden Unterstützung der kinderreichen Familien, ist aber der Auffassung, daß aus Gründen der Zweckmäßigkeit, der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe eine allgemeine sozialpolitische Ausgabe auch von der Allgemeinheit zu tragen sei. Er schlägt vor, daß allgemeine Kinderbeihilfen nicht nur an die Arbeitnehmer, sondern auch an alle anderen Berufsgruppen gewährt werden sollen, und zwar grundsätzlich für alle Kinder. Es wäre zu überlegen, ob die Beihilfen zunächst einmal vom 2. Kinde ab zu gewähren seien. Wenn man aber vom 3. Kinde ausgehe, kämen nur etwa 12 bis 13 vH aller Kinder in der Bundesrepublik in den Genuß der Beihilfen. Auch das Internationale Arbeitsamt habe Beihilfen vom 2. Kinde ab empfohlen. Die Aufbringung der notwendigen Mittel soll nach Auffassung der SPD durch den Bund erfolgen, und zwar hauptsächlich durch eine Revision unserer Steuerpolitik. Insbesondere müsse das soziale Unrecht der Steuergruppe III beseitigt werden, das praktisch einem Arbeitnehmer oder Selbständigen mit einem Monatseinkommen von 1000 DM für seine fünf Kinder monatlich 106 DM Kinderermäßigung gewährt, während Lohn- und Gehaltsempfänger mit 200 DM Einkommen nur 4,55 DM erhalten. Es wird zu prüfen sein, ob durch die von der SPD geforderte Revision der Steuerpolitik genügend Mittel für ausreichende Kinderbeihilfen aufzubringen sind.

Die Redaktion.

I.

Noch im ersten Drittel unseres Jahrhunderts schien die Sache der Familie beinahe verloren. Ein Jahrhundert lang hatten wirtschaftliche Wirklichkeiten und geistige Strömungen daran gearbeitet, den alten Familiengedanken aufzulösen und die Familiengebilde zu zerreißen. Ein extremer Individualismus, der den Gemeinschaftsgedanken nicht mehr zu erfassen vermochte, sah in der Festigkeit der Familiengemeinschaft immer mehr nur eine lästige Fessel, die Vergewaltigung der freien Entfaltung individuellen Menschentums, die Tyrannei einer überlebten autoritären Gesellschaftsordnung, die Institutionalisierung der Gefühle, die nur in der reinen Subjektivität aufblühen könnten. Der werdende Marxismus seinerseits rannte gegen die bürgerliche Auffassung und Form der Familie an als gegen eine Hochburg der privaten, gegen des Gemeinwohl selbstsüchtig abgesonderten Sphäre. Und es ist zuzugeben, daß sie dies nicht selten

auch war. Die industrielle Wirtschaft aber löste auf kaltem Wege das tatsächliche Familienleben immer mehr auf, indem es die Produktion dem häuslichen Betrieb entzog und in der Fabrik konzentrierte, die jungen Leute vom Lande isoliert in die Stadt hineinsog, die Familienglieder durch die Verschiedenheit der Arbeitsplätze auseinanderriß, durch den selbständigen Verdienst der heranwachsenden Kinder die hergebrachten familiären Bande lockerte, durch die ausgedehnten Arbeitszeiten an fremden Arbeitsplätzen und durch den Sdiichtbetrieb das gemeinsame Familienleben überhaupt unmöglich machte. Die Verteidiger der Familie aber blieben vielfach in veralteten Ideen hängen, sahen in den neuen Verhältnissen und neuen Ideen fast ausschließlich nur das Negative, suchten Formen festzuhalten und zu verteidigen, die längst überholt waren und bemerkten nicht, daß auch Familie und Familienleben — genau so wie andere gesellschaftliche Formen — im Laufe der kulturellen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung mancherlei Veränderungen unterworfen sind und sein müssen, ohne daß deshalb die wahre Substanz verlorengehen müßte.

Seit etwa zwei Jahrzehnten aber hat sich ein bemerkenswerter Umschwung angebahnt, der neue Erkenntnisse und neue Fronten brachte.

Die Kraft der Familie und des Familienlebens hat sich in den schwersten Belastungen der vergangenen Jahrzehnte derart bewährt, daß heute niemand mehr daran vorbeisehen kann. Man denke nur an den Umschwung der Stimmung im revolutionären Rußland, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, wo der Familiengedanke nach Jahren schwerster Prüfungen neue Auferstehung erlebt. Nicht zuletzt in den Kreisen der Arbeiterschaft sind die Zeichen einer Neuorientierung gegenüber dem Familienleben nicht zu übersehen. Selbst die Nationalökonomien, in deren Lehrbüchern man auch nur das Wort Familie jahrzehntelang vergeblich suchte, fangen an zu sehen, daß die Familie (wenigstens) den wichtigsten Konsumfaktor darstellt und daß ihr in unserer Theorie eine ganz andere Stellung gebührt, als eine individualistisch nur die einzelnen Personen wertende Zeit einräumte.

II. Worauf es ankommt

Diese Vor-Überlegungen wurden gemacht, um klar herauszustellen, was Familienpolitik um die Mitte des 20. Jahrhunderts eigentlich soll. Es geht nicht darum, die Familie in die alten Lebensbedingungen und -gewohnheiten zurückzuführen, die unwiederbringlich verloren sind und die auch nicht in jeder Hinsicht so unbedingt wertvoll waren, wie eine mit veralteten Maßstäben messende Meinung es wahrhaben wollte. Noch weniger handelt es sich darum, einer quantitativen Bevölkerungspolitik nach dem Muster einer merkantilistischen oder politischen Machtplanung Vorschub zu leisten. Sondern es geht einfach darum, der Familie als solcher, und zwar der heutigen Familie des industriellen Zeitalters, des neugewonnenen Gemeinschafts- und vertieften persönlichen Freiheitsbewußtseins jenen Lebensraum zu verschaffen, dessen sie zu ihrer Entfaltung bedarf, sie von jener sozialen Deklassierung und Einengung zu befreien, in die eine individualistisch denkende Zeit sie hinabgestoßen hat.

Worum es den Familienpolitikern eigentlich geht, mag am besten aus zwei konkreten Hinweisen erhellen, die uns um so durchschlagender erscheinen, je einfacher und alltäglicher sie sind: Sie weisen nicht auf Ausnahmen, sondern auf den Normalfall und den Kern der Sache hin und zeigen die innere Verkehrtheit der heutigen Lage auf.

Zwei Arbeiter arbeiten im gleichen Betrieb, an der gleichen Maschine, beide gleich fleißig und gleich tüchtig. Beide verdienen einen Monatslohn von z. B.

300 DM. Der eine hat zu Hause ein Kind, der andere vier. Beim ersten trifft es je Kopf 100 DM, beim zweiten aber 50 DM, also nur noch die Hälfte. Und dies nicht, weil dieser Arbeiter eine geringere, sondern eine menschlich *höhere* Leistung vollbringt. Eine solche *soziale Deklassierung* bedeutet aber nicht nur irgendeinen sozialen Notstand, sondern einen inneren Strukturfehler des Verteilungssystems, ein soziales Unrecht.

Die Verkehrung der gesunden Ordnung wird noch offener, wenn man sich die Folgen vor Augen führt. Offenbar braucht der Familienvater mit vier Kindern eine größere Wohnung als jener mit einem Kind. Tatsächlich aber ist er gezwungen, statt einer größeren, eine kleinere oder wenigstens ungünstigere (ungesündere, schlechter gelegene, primitivere) und darum billigere zu wählen. Nach Abzug der Auslagen für Nahrung und Kleidung bleibt ihm ja für die Wohnung statt eines größeren ein bedeutend geringerer Betrag für die Wohnung als dem Kinderlosen. Etwas zugespitzt könnte man sagen: wer die große Wohnung braucht, vermag sie nicht, und zwar eben deswegen, weil er sie braucht: nämlich wegen der größeren Kinderzahl. Wer aber die große Wohnung nicht braucht, der vermag sie, und zwar deswegen, weil er sie eigentlich nicht braucht: weil er nämlich keine Kinder hat. Und dies nicht zufällig oder wegen Untüchtigkeit des Vaters, sondern einzig und grundsätzlich wegen des individualistischen Lohnsystems.

Ferner: Nie ist die Mutter zu Hause notwendiger als dort, wo eine größere Kinderschar vorhanden ist. Sowohl erzieherisch wie sogar volkswirtschaftlich würde sie dort die besten Dienste leisten. Beim heutigen Lohnsystem aber wird gerade die kinderreiche Mutter gezwungen, das Haus zu verlassen und die Kinder fremden Leuten anzuvertrauen, um selber außer Haus auf Erwerb auszugehen. Dieser Zustand ist nicht nur erzieherisch, sondern auch volkswirtschaftlich unverantwortbar, ganz abgesehen vom bitteren Raubbau an den Kräften der Frau. Dieser sozialen Deklassierung der kinderfrohen Familie im individualistischen System läßt sich durch allgemeine Lohnerhöhungen — so erwünscht und gerechtfertigt sie aus anderen Gründen sein mögen — nicht beikommen: immer wird die verhältnismäßige Benachteiligung der Familie, die relative Deklassierung gegenüber der kinderlosen Familie bleiben. Und diese ist wesentlich. Hier kann nur durch ein System von Kinderzulagen echt und sachgemäß geholfen werden. Der soziologische Grund ist klar. Auf anderen Wirtschaftsstufen arbeitet und erwirbt nicht nur das Individuum (der Vater), sondern die ganze Familie, indem die Familie nicht nur Konsum-, sondern auch Produktions- und Erwerbsgemeinschaft darstellt. Auf dem Bauernhof oder im Kleinhandel arbeitet nicht nur der Vater, sondern die ganze Familie mit, und je größer die Zahl der hungrigen Mäuler, desto größer wird auch die Zahl der mitarbeitenden Helfer. Diese Wirtschaftsstufe ist durch die großindustrielle Produktion überholt, sie nimmt der Familie die Arbeit aus den Händen und konzentriert sie im fremden Betrieb. Dadurch fällt der Ausgleich durch die Mitarbeit der sämtlichen Familienglieder weg. Für diesen Ausfall ist ein Ersatz zu leisten, wenn die Familie nicht der sozialen Deklassierung anheimfallen soll. Dieser Ausgleich kann durch die Kinder- (oder Familien-)Zulagen hergestellt werden.

Es handelt sich also nicht darum - man kann das nicht deutlich genug sagen -, ungenügende Löhne durch eine Art Familien-Fürsorge oder Wohlfahrtseinrichtung aufzubessern, sondern darum: ein individualistisches Lohnsystem *grundsätzlich* zu korrigieren. Darum scheint es uns auch richtiger, nicht von Kinderbeihilfen, sondern von Familienausgleich und Familienzulagen zu sprechen.

Natürlich kann auch nicht in Frage kommen, den Leistungslohn durch Familienlohn oder Soziallohn *ersetzen* zu wollen. Im Gegenteil. Ein richtig gebautes Zulagensystem ermöglicht dem Betrieb, den eigentlichen Leistungslohn ohne Rücksicht auf die Familienlasten klar und rein herauszustellen, weil für diese durch die Zulagen gesorgt wird.

III. Die Ausgestaltung der Familienzulagen.

Von diesen Grundlagen aus ergeben sich einige Bemerkungen für die Ausgestaltung des Familienausgleichssystems von selbst.

1. Der Familienausgleich ist überall dort zu gewähren, wo die Familie durch das Wirtschaftssystem (die Produktionsweise) aus dem Erwerb ausgeschaltet ist und dieser allein auf den Vater konzentriert wird. Das gilt vor allem für die unselbständig Erwerbenden (Lohnempfänger).

2. Der Ausgleich soll sich womöglich innerhalb der Wirtschaft selbst vollziehen, nicht auf dem Umweg über politische Instanzen. Die Ausrichtung von Kinderzulagen aus den Mitteln des Staates scheint zwar eine einfachere Lösung zu sein. Wir halten sie aber grundsätzlich für verkehrt. Und dies aus mehreren Gründen:

a) Schuld am Notstand der Familie ist nicht ein Unglücksfall oder eine allgemeine Not, sondern die individualistische Struktur der Wirtschaft. Darum soll diese sich selber korrigieren. Das wird am besten durch Ausgleichskassen auf der Basis der einzelnen Wirtschaftszweige (u. U. mit einem Spitzenausgleich der gesamten Wirtschaft) erreicht.

b) Es ist grundsätzlich Aufgabe der Wirtschaft und nicht des Staates, das Volk und seine Kinder zu ernähren. Der Staat hat als politische Instanz wohl (durch ein Gesetz) dafür zu sorgen, daß der Ausgleich sich vollzieht; nicht aber hat er ihn selbst zu vollziehen.

c) Der Eingriff des Staates ist auf dem Gebiet des Familienlebens und der Kinderzahl besonders gefährlich, berührt dieses Gebiet doch die intimsten Sphären der Freizeit und Lebensverantwortung des Menschen. Beahlt der Staat die Zulagen, so kann es allzu leicht geschehen (und die Erfahrung hat es gezeigt), daß er damit Politik betreibt.

d) Allgemein gilt als Grundsatz eines gesunden Gesellschaftslebens, daß die höhere Gemeinschaft nicht besorgen soll, was die kleinere, hier die Wirtschaft und Wirtschaftszweige, selber ebensogut und besser besorgen können. Sonst wird die Initiative, die Sorgfalt, die Anpassung an die Verschiedenheit der Verhältnisse und Bedürfnisse, der Wille zur Selbsthilfe usw. nur geschwächt, und damit der höheren Gemeinschaft selbst Schaden zugefügt. (Subsidiaritätsprinzip.)

Es will uns scheinen, daß gerade die *Gewerkschaften* (und die Wirtschaft überhaupt) allen Grund haben, eine rein staatliche Lösung in Angelegenheiten, die sie selbst besorgen können, mit aller Energie abzulehnen. Warum sollen sie wünschen, dem Staatsapparat mit seiner Schwerfälligkeit, Anfälligkeit für politische Experimente, Neigung zu Bürokratie und Schematismus das in die Hand zu geben, was die Organisationen der Wirtschaft ebensogut und besser zu leisten vermögen? Daß politische Parteien eine staatliche Lösung erstreben, mag noch verständlich erscheinen, aber Gewerkschaften haben dazu keinen Grund. Es scheint uns im Gegenteil ganz in ihrer Linie zu liegen, eine Lösung zu befürworten, die eine unmittelbare Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Führung und Verwaltung der Ausgleichskassen ermöglicht und die ganze Einrichtung entpolitisiert.

Vital Gawronski, Sekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (dem allgemeinen schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossen) beschwört in seiner sehr lesenswerten Schrift: „Staatsgewalt und Volkswohlfahrt“¹⁾ seine Kollegen:

„Es gab eine Zeit, da man in guten Treuen die Absicht kundtun konnte, mittels steigender Staatseingriffe den Wohlstand der Massen zu heben und dabei die Freiheit und Gerechtigkeit zu festigen und zu fördern. Doch zeigten die Erfahrungen dreier Jahrzehnte, daß die fortschreitende Ausdehnung der Staatsmacht weder der Wohlfahrt noch der Freiheit oder der Gerechtigkeit diene.“²⁾ „Vor hundert Jahren war der Spieß des Arbeiters, der nichts als seine Arbeitskraft besaß, bedeutend kürzer als der Spieß des Unternehmers, der die Arbeitsbedingungen frei bestimmen konnte. Mit dem Ausbau des Arbeiterschutzes und des Arbeitsrechtes vollbrachten die Staaten überall ein großartiges Werk sozialen Ausgleichs. Auf diesem Fundament fußend, tritt der Arbeiter, durch einflußreiche Gewerkschaften geschützt, dem Arbeitgeber gegenwärtig ganz anders gegenüber als vor einem Jahrhundert. Ist es heute noch notwendig, den Staat fortwährend zur Regelung des Arbeitsverhältnisses und zum weiteren Ausbau des Arbeitsrechtes beizuziehen? Vieles spricht dafür, daß Arbeiter und Arbeitgeber durch Vermittlung ihrer Berufsverbände dies genau so gut, meist sogar noch besser als staatliche Behörden bewerkstelligen. Dem Arbeiter aber bereitet das Bewußtsein, das Arbeitsverhältnis selber oder durch seinen Verband im Zusammenwirken mit dem Arbeitgeber zu regeln, weit größere Befriedigung als das Gefühl, alle Fortschritte aus der bald spendenden, bald fordernden Hand der Obrigkeit entgegenzunehmen.“³⁾

3. Die Familienzulagen dürfen nicht dem einzelnen Betriebe auferlegt werden, es sei denn, daß er sehr groß ist und deshalb selbst den Ausgleich besorgen kann. Vom einzelnen Betrieb bezahlte Familienzulagen bergen immer die Gefahr in sich, daß Familienväter bei Rückgang der Konjunktur entlassen oder wenigstens nicht mehr eingestellt werden, weil sie für den Betrieb eine zusätzliche Belastung bedeuten. Dagegen schwinden die Bedenken, wenn *Familien-Ausgleichskassen* (FAK) eingerichtet werden. Jeder Betrieb hat dann bestimmte Summen an diese FAK zu bezahlen, die entweder nach der Zahl der Beschäftigten oder (besser) nach der ausbezahlten Gesamtlohnsumme (z. B. 2 vH) berechnet werden.

Der Betrieb wird danach immer gleich belastet, ob er nun Familienväter oder lauter lediges Personal beschäftigt. Die Berechnung der Beiträge nach der Lohnsumme hat zwar den Nachteil, daß die kapitalintensiven Betriebe verhältnismäßig geringer belastet werden. Aber dieser Nachteil kann durch einen Spitzenausgleich und durch zusätzliche Beiträge der öffentlichen Hand an diesen ausgeglichen werden. Träger dieser FAK wären am besten die bestehenden Wirtschaftsverbände, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen.

4. Um den vernünftigen Leistungslohn zu schützen wurde der, wie uns scheint, richtige Vorschlag gemacht, die Kinderzulagen in der vollen Höhe erst vom 3. Kinde an auszubezahlen, in der Voraussetzung, daß der normale Leistungslohn für jeden tüchtigen Arbeiter mindestens so hoch zu sein hat, daß Mann und Frau und zwei Kinder davon ohne Mühe leben können. Die Gewerkschaften sind heute stark genug, dieser Forderung auch zum Durchbruch zu verhelfen.

Dafür könnten bei der Geburt des 1. und 2. Kindes einmalige Geburtszulagen, sei es aus der FAK, sei es (noch besser) unmittelbar vom Betrieb, ausgerichtet werden, die gerade im Augenblick der erhöhten Ausgaben besonders willkommen wären und den Betrieb nicht merklich belasten.

1) A. Francke AG. Verlag, Bern 1950.

2) Gawronski a.a.O. S. 102;

3) a.a.O. S. 99.

5. Die Kinderzulagen sollen weder zu hoch noch zu niedrig sein. Sind sie zu niedrig, so erfüllen sie ihren Zweck nicht, sondern wirken wie ein Hohn. Sind sie zu hoch, so lähmen sie den Leistungswillen des Vaters und erwecken leicht den Eindruck von Kinderprämien. Ein Betrag von 20 bis 30 DM je Kind und Monat dürfte heute das gegebene und tragbare Maß darstellen. Solche Leistungen können mit 2 bis 2½ vH der Lohnsumme ohne weiteres erreicht werden. Da der Lohnanteil am Produktpreis im Durchschnitt höchstens 25 vH ausmacht, würde diese Belastung den Preis um höchstens 0,5 vH erhöhen, sogar unter der Voraussetzung, daß sie voll auf den Preis abgewälzt würde.

6. Werden solche Kinderzulagen nicht notwendig auf das allgemeine Lohnniveau drücken?

Es kann dies in Ländern der Fall sein, die keine starken Gewerkschaften haben und die deshalb die Arbeiterschaft auf dem untersten Existenzminimum stehenlassen. Es könnte dies auch dort eintreten, wo die Löhne das wirtschaftlich tragbare Höchstmaß schon erreicht, den Anteil der Arbeiterschaft am Sozialprodukt also schon voll ausgeschöpft haben. Wo dies aber nicht der Fall ist, wie offenkundig z. B. in Deutschland, haben die Kinderzulagen auf die Gesamtlohnsumme überhaupt keinen und auf die Lohnhöhe höchstens den Einfluß eines gerechten Ausgleichs, der außerdem nicht von der Arbeiterschaft, sondern von der Gesamtwirtschaft zu tragen ist.

Dies führt zur Frage, wer letztlich diese Kinderzulage aufzubringen habe. Man ist gewöhnlich geneigt, sie dem Unternehmer aufzubürden. Die Frage ist aber, ob er sie wirklich trägt. In den meisten Fällen wird er sie auf den Preis abwälzen. Den Preis bezahlt der Konsument. Der Konsument wird ihn durch erhöhtes Einkommen, im Fall der Arbeiterschaft durch erhöhte Löhne einzubringen suchen. Dann fängt das Spiel von neuem an, und es ist wohl kaum auszumachen, wer die Last tatsächlich letztlich trägt. Sicher ist nur eines, daß nämlich der Sparer, der vom Ersparten und seinen Zinsen lebt, draufzahlt. Genau daselbe gilt bei der Bezahlung durch den Staat. Es wäre eine Täuschung zu glauben, daß der Steuerzahler letztlich die Steuerlast trägt. Am richtigsten scheint uns zu sagen, daß die Gesamtwirtschaft, zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern (und einer ganzen Reihe weiterer Glieder!), die Last trägt, vorausgesetzt, daß die Glieder stark genug sind, sich den gerechten Anteil am gesamten Sozialprodukt zu sichern. Dann ist es ziemlich gleichgültig, wer buchhalterisch die Bezahlung vornimmt. Unter dieser Voraussetzung wäre es dann vielleicht richtiger, die Last auch offen auf Arbeitgeberschaft und Arbeitnehmerschaft zu verteilen, was nicht nur den Vorteil der Klarheit, sondern auch den weiteren hätte, daß die Arbeiterschaft ein wohlverworbenes Recht auf die Mitverwaltung dieser Kassen gewinnt.

IV. Vorteile dieser organischen Lösung

In wenigen Sätzen mögen noch die Vorteile dieser Lösung zusammengefaßt werden.

1. Wir schaffen ein wirkliches *Familieneinkommen*, das mit der Zahl der Kinder steigt und so die Familie vor sozialer Deklassierung bewahrt, die beim heutigen individualistischen System mit jedem weiteren Kinde droht. Jeglicher Almosen- oder Unterstützungscharakter wird vermieden.

Die Stellung des Vaters in der Familie wird gefestigt, wenn er die Familie wirklich zu ernähren vermag. Das hebt die Arbeitsfreude und Zufriedenheit und stärkt den Zusammenhang.

2. Der *Leistungslohn* wird gewahrt und in seiner eigentlichen Funktion noch gestärkt.

3. Die Einrichtung hängt mit *Betrieb und Beruf* des Werktätigen zusammen und stärkt so die Arbeits- und Betriebsverbundenheit.

4. *Der Apparat* ist auf ein Mindestmaß reduziert, indem die vorhandenen Betriebe und Berufsverbände selbst die Organisation übernehmen und überwachen.

Unnötige Verstaatlichung mit all ihren Gefahren wird vermieden, ohne doch den Staat gänzlich auszuschalten, der durch ein Rahmengesetz die Mindestleistungen vorschreibt und überwacht. Politischer Mißbrauch der Einrichtung ist ausgeschlossen.

5. *Die Lasten* sind gerecht verteilt und für jeden Beteiligten tragbar, ohne seine wirtschaftliche oder soziale Bewegungsfreiheit zu behindern. Das System der Ausgleichskassen ist von der Frage Sozialisierung, Verstaatlichung oder Privatwirtschaft unabhängig;

6. *Für die Familie* ergeben sich ferner folgende Vorteile: Die Mutter kann zu Hause bleiben und sich den Kindern und dem Haushalt widmen. Die Wohnung kann nach Größe der Familie gewählt werden. Der Erwerb eines Eigenheimes wird gerade für die kinderfrohe Familie erleichtert. Auch die Kinder größerer Familien können eine Berufslehre erhalten, weil für die jüngeren Geschwister durch die Kinderzulagen gesorgt ist.

7. *Auch für Volkswirtschaft und Staat* ergeben sich eine Reihe von Vorteilen: Der Binnenmarkt wird gestärkt und stabilisiert. Die Familie ist der stabilste Konsument. Wohnungsfrage und Siedlungsbestrebungen werden erleichtert. Die Sorge für einen gesunden Nachwuchs wird gemildert. Der Arbeitsmarkt wird besonders von Müttern und ungelernten Arbeitern entlastet. Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen in der wirtschaftlich und sozial gesicherten Familie ein wichtiges Strukturelement in gestärkter Kraft zurück, ohne daß der Staat wiederum mit neuen Aufgaben beladen wird.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, daß die ganze Auffassung vom Bestreben geleitet wird, das Übel dort zu heilen, wo es entsteht, die Dinge dorthin zu rücken, wo sie hingehören, und nicht durch große Mammutkonstruktionen Krücken zu schaffen, die doch nicht an die Wurzel greifen. Es bleiben dann in unserer hochentwickelten Zivilisation Aufgaben für den Staat und die überstaatlichen Gebilde noch genug und übergenug, Aufgaben, die wirklich durch keine untergeordneten Gruppen zu lösen sind. Um so besser kann sich der Staat dieser annehmen, wenn er sich nicht unnötig mit anderen Aufgaben belädt.

Länder, die Familienzulagen gewähren

Beihilfen an kinderreiche Arbeitnehmer sind zu einer der bedeutendsten und wahrscheinlich dauerhaftesten Charakteristika aller nationalen Pläne zur Garantierung des Lebensstandards geworden. Die Mehrzahl der Länder, die ein fortgeschrittenes Stadium der Industrialisierung erreicht haben, haben Maßnahmen solcher Art ergriffen, und kein einziges unter ihnen hat die Neigung gezeigt, sie wieder abzuschaffen, nachdem sie einmal eingeführt worden sind.

In der folgenden Aufstellung, die im wesentlichen auf einer Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes beruht, sind die Staaten aufgeführt, die heute Familienzulagen gewähren. Gleichzeitig werden die Methoden der Gewährung gekennzeichnet.

Bedeutung der Abkürzungen: a) Empfänger: F = Familie, K = Kind, S = Selbständige; b) Altersgrenze der Kinder; c) Höhe der Zulagen, monatlich je Kind; d) Finanzierung und Organisation, E = Einnahmestelle, A — Auszahlstelle, FAK = Familienausgleichskasse.

Australien: a) Alle F. mit wenigstens 2 K.; b) 16; c) 5,6 sh wöchentlich v. 2. K. an; d) Teil einer soz. Sonderst., dazu 2½ % d. Lohnsumme, E = Dep. soz. Dienste, A = Post u. Banken.

Belgien: a) Alle F. d. Arbeiter, S, Mitgl. d. Soz. Vers.; b) 14, für Stud. u. Lehrl. 18, Erwerbsunf. unbegrenzt; c) 200 bfr. f. d. 1. u. 2. K., 270 bfr. f. d. 3. K., 350 bfr. f. d. 4. K., 400 bfr. v. 5. K. an, bei S weniger; d) 6 % d. Lohns., für die S eig. Kassen, E = Office national de sécurité sociale, A = verschiedene FAK.

Brasilien: a) F. m. wenigstens 8 K., deren Eink. nicht wenigstens doppelt so hoch ist wie d. örtl. Mindestlohn, ferner F., deren Ernährer gest. ist; b) 18, ausgen. S u. Verheiratete. Erwerbsunf. b. zur Mündigkeit; c) 12,5 Cruz. f. d. ersten 8 K., 20 f. d. folgenden; d) 50 % v. d. Bundesregierung, 40 % v. Einzelstaat, 10 % v. d. Gemeinde, E = Ministerium d. Arbeit, A = Büros d. Bundesfinanzverw.

Bulgarien: a) Die F. d. Arbeiter, die d. Soz. Vers. unterworfen sind, Mitgl. der Arbeitergenossenschaft; b) 21, ausgen. S; c) 300 Lei f. d. 1. K., 400 Lei f. d. 2. K., 500 Lei v. 3. K. an; d) 10 % d. Löhne i. d. Industrie, 8 % im Handel, 5 % b. d. übr. Berufen, E = Direktion d. Arbeit und kommunale Inspektoren, A = Arbeitgeber.

Kanada: a) Alle F.; b) 16; c) 5 Dollar f. K. unt. 6 J., 6—8 D. f. d. älteren K., v. 6 K. an 1—2 Dollar weniger; d) aus allg. Steuer, E u. A = Gesundheits- u. Wohlfahrtsministerium.

Chile: a) Angestellte priv. Betriebe; b) 18, Erwerbsunfähige länger; e) je n. d. Einnahmen, 1946 = 145 Pesos; d) 2 % d. Löhne von Arbeitern, 8,5 % v. Arbeitgeber, E u. A = Ausgleichskassen.

Finnland: a) F. mit wen. 4 Kindern b. begrenztem Einkommen, v. 2. K. an, wenn d. Vater gest. od. arbeitslos ist; b) 16, f. Stud. 20, Erwerbsunfähige unbegr.; c) Von d. Regierung best. n. d. Lebenskostenindex, 1947 = 300—400 Finnmark jährlich; d) aus allg. staatlichen Einnahmen, E u. A = Sozialministerium u. örtliche Wohlfahrtsämter.

Frankreich: a) F. m. wenigstens 2 K.; b) 1 Jahr n. d. obligator. Schulalter, Lehlr. 17, Stud. 20; c) 20 % d. Basislohn f. d. 2. K., 30 % v. 3. K. an, weitere Zulagen b. einzigem Lohn; d) 13 % d. Löhne, f. die S Beiträge u. staatliche Subventionen. E u. A = Kassen d. sozialen Sicherheit.

Großbritannien: a) Alle F. m. wenigstens 2 K.; b) Schulaltersgrenze, Stud. u. Lehlr. 16; c) 5 sh wöchentl. v. 2. K. an; d) Staat, E = Ministerium der Soz. Vers., A = Post.

Irland: a) Alle F. m. wenigstens 3 K.; b) 16; c) 2,6 sh v. 3. K. an; d) Staat, E = Ministerium d. soz. Wohlfahrt, A = Post.

Italien: a) Lohnempf. u. Angest. m. K., Kranken oder Gebrechlichen; b) 14 b. Arbeiterkindern, 18 b. Angestelltenkindern, b. Stud. 3—4 J. länger, f. Gebrechliche unbegrenzt; c) 1222 Lire f. d. Frau, 1638 Lire f. jed. K., 962 Lire f. Groß-K., ab 1. Aug. 1948 alle Zulagen um 312 Lire je Monat höher; d) Arbeitgeb.-Beitr. n. Industriezweigen u. Geschäftsgang verschieden. E u. A = Nat. Inst. d. Soz. Vers., gewisse Zulagen v. Unternehmer.

Libanon: a) Arb. i. Industrie u. Handel; b) ?; c) 10—15 lib. Lire v. 5. K. an; d) Unternehmerfinanzier., direkte Auszahlung.

Luxemburg: a) Arbeiterfamilien; b) ?; c) etwa 250 frs. je n. Lebenskostenindex; d) 4—6 % v. Arbeitgeber, E u. A = Vers.- u. Pens.-Kasse.

Neuseelands: Alle F.; b) 16, Stud. 18, Gebrechl. unbegr.; c) 10 sh je Woche; d) Teil der 7½%igen soz. Sonderst. u. staatl. Subventionen, E u. A = Dep. d. Soz. Vers.

Niederlande: a) Arbeiterfamilien; b) 16, Stud. 20; c) 0,40 Gulden je Tag f. d. 1. bis 3. K., 0,50 Gulden f. jedes folg. K.; d) 2,25 % jährl. Festsetzung, E u. A = Ausgleichskassen.

Norwegen: a) Alle F. m. wenigst. 2 K.; b) 16; c) 15 Kronen v. 2. K. an; d) Staat ⁷/₈, Gemeinde ¹/₈, E u. A = Soz.-Ministerium u. örtl. Pens.-Kassen.

Polen: a) Arbeiterf., die d. Soz.-Vers. unterworfen sind u. Pensionierte; b) 16, Stud. 24; c) 650 Zloty f. d. 1. K., 800 Zloty f. d. 2. K., 1000 Zloty f. jed. folgende K.; d) 10 %, E u. A = Zentrale Soz.-Vers.

Portugal: a) Lohnempfänger; b) 14, Stud. 21, Gebr. unbegrenzt; c) verschieden n. Sektoren; d) Arbeitg. u. Arbeitn. n. Kassen verschieden, E u. A = Ausgleichskassen u. staatl. Wohlfahrtsämter.

Rumänien: a) Arbeiterfam. in Industrie und Handel; b) 14, Stud. u. Invalide 16; c) 1000 Lei v. 2. K. an; d) Unternehmer, E u. A = Unternehmer.

Rußland: a) Arbeiterf. m. wenigst. 4 K.; b) v. 1. bis 5. Jahr (!); c) progressiver Ansatz, durchschn. 15 Rubel; d) soz. Versicherungskassen, E u. A = Distrikts- u. Gemeinderäte.

Spanien: a) Arbeiter, Kleinbauern u. Pensionierte b. wenigst. 2 K.; b) Waisen u. Stud. 18, Gebrechl. unbegr., allg. 14; c) 40—200 Peseten, ansteigend v. 2. bis 12. K.; d) 5 % v. d. Arbeitgebern, 1 % v. d. Arbeitern, E u. A = Nationales Wohlfahrtsamt. Die gr. Unternehmungen zahlen direkt aus.

Schweden: a) Alle Familien; b) 16; c) 5 Kronen je Woche; d) Staat, E u. A = Sozialministerium u. örtl. Kinderhilfen.

Schweiz: a) Arbeiter m. wen. 1 od. 2 K. (je nach Kantonen u. Kassen), Berg- u. Kleinbauern; b) 15—18, länger f. Stud. u. Gebr.; e) 10—25 sFr. je nach Kanton u. Kasse; d) meistens Arbeitgeberbeiträge, E u. A = private u. kantonale Ausgleichskassen, Auszahlung d. Arbeitgeber.

Tschechoslowakei: a) Arbeiter, d. einer Krankenkasse angeschl. sind; b) 18, Stud. u. Lehlr. 24, Gebr. unbegr.; c) 150 Kronen f. d. 1. K., 200 f. d. 2., 250 f. d. 3. usw. bis 500 Kr. f. d. 8. u. d. folgenden; d) Staatliche Defizitdeckung 4 %, E u. A = Ministerium d. Soz. Wohlfahrt, Nationale FAK u. Krankenkassen.

Ungarn: a) Arbeiter, d. der Soz.-Vers. unterworfen sind, m. wenigst. einem K.; b) 18; c) 18 Florin f. jedes Kind; d) Höchstens 6 % d. Löhne, E u. A = Nationales Institut d. Soz. Vers.

Uruguay: a) Lohnempf. m. wen. als 200 Pesos Einnahmen pro Monat; b) 14, Stud. u. Lehlr. 16; c) Maximum 6 Pesos f. jedes K.; d) 1,5 bis 3 %, E und A = Verschiedene Ausgleichskassen.